

Bericht zur internationalen Autorenkonferenz

"Identity, Institutions and Economy: Causes of Internal Political Violence"

Universität Konstanz, 22. – 23. Februar 2008

Organisatoren: Margit Bussmann, Andreas Hasenclever und Gerald Schneider

Gefördert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung unter KA 002/08

Abstrakt

Im Mai 2009 erscheint das Sonderheft 43 der PVS zu "Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt". Zur Vorbereitung des Bandes organisierten die Herausgeber Margit Bussmann, Andreas Hasenclever und Gerald Schneider vom 22. bis zum 23. Februar 2008 eine internationale Autorenkonferenz an der Universität Konstanz. Auf der Konferenz standen 20 Beiträge zur Diskussion, die aus unterschiedlichen theoretischen und methodischen Perspektiven den Stand der Forschung zu den Ursachen politischer Gewalt reflektierten, innovative Ansätze präsentierten und mögliche Synthesen einschlägiger Kausalmechanismen ausloteten. Anschließend überarbeiteten die Autoren ihre Beiträge, die dann ein anonymes Begutachtungsverfahren durchliefen und weiter verbessert wurden, bevor 17 Papiere zur Publikation angenommen worden sind. Die Konferenz wurde von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert.

Einleitung

Innerstaatliche Gewaltkonflikte haben in den letzten Jahrzehnten die zwischenstaatlichen Kriege als häufigste und opferträchtigste Form der militärischen Auseinandersetzung abgelöst. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich auch die Konfliktforschung intensiver mit Bürgerkriegen und anderen Arten politischer Gewalt im Inneren von Staaten beschäftigt. In diesem Zusammenhang lassen sich unter den Oberbegriffen "Identität", "Institutionen" und "Ökonomie" drei analytische Perspektiven unterscheiden. Sie können auf der einen Seite grob den klassischen Koordinationsmechanismen "Legitimität", "Interesse" und "Zwang" zugeordnet werden. Auf der anderen Seite ermöglicht ihre Verschränkung einen realistischen Blick auf das komplexe Ursachengefüge moderner innerstaatlicher Gewalt.

Die erste Perspektive zur innerstaatlichen Gewalt konzentriert sich auf kulturelle Konfliktlinien und fragt nach der **Relevanz sozialer Identitäten** wie beispielsweise der ethnischen Zugehörigkeit oder der Religion. Demnach sind kollektive Abgrenzungs- und Überlegenheitsüberzeugungen für den Ausbruch von Bürgerkriegen eine wesentliche Hintergrundbedingung. Sie dienen der Mobilisierung von Gefolgschaft und der Rechtfertigung von Gewalt. Strittig ist, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt gewaltbereite Eliten in der Lage sind, Identitäten zu konstruieren oder zu manipulieren. Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Frage, welche Identitätskonstellation am konfliktträchtigsten ist und welche mit größter Wahrscheinlichkeit zu blutigen Auseinandersetzungen führt. Schließlich werden Identitätsperspektiven in jüngster Zeit verstärkt mit Ansätzen verknüpft, die politische und ökonomische Diskriminierung für relevante Gewaltursachen halten. Die Frage ist hier, unter welchen Bedingungen der Ausschluss ethnischer oder religiöser Gruppen von den Zentren der Macht und der Wohlfahrt die Gefahr bewaffneter Konflikte erhöht.

Im Mittelpunkt der zweiten Erklärungstradition stehen die **Institutionen und Ressourcen**, die in einem Land oder einer Region das Kräfteverhältnis zwischen der Regierung und potentiellen oder tatsächlichen Rebellengruppen prägen. Viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sehen hier einen starken Zusammenhang zwischen Staatsschwäche und Bürgerkriegsrisiko. So wird die erhöhte Gewaltanfälligkeit öltreicher Länder auf unterentwickelte öffentliche Infrastrukturen und ineffiziente Regierungsapparate zurückgeführt. Der institutionelle Aspekt findet sich auch in Studien, die das Wechselspiel von Regierungsform und Bürgerkriegsrisiko thematisieren. Diese attestieren eine größere Friedfertigkeit für reine Demokratien und Autokratien, während Staaten mit hybriden politischen Systemen als besonders konfliktträchtig gelten. Unstrittig ist dieser Befund jedoch nicht. So bezweifelt James Vreeland, dass tatsächlich eine erhöhte Kriegswahrscheinlichkeit für politische Systeme im Übergang besteht. Schließlich wird jüngst staatlicher Interventionismus in der Wirtschaftspolitik mit einem erhöhten Konfliktrisiko in Verbindung gebracht.

Ein dritter Analysefokus liegt auf den **ökonomischen Ursachen** von Konflikten. Zentral sind hier Überlegungen zu den wirtschaftlichen Opportunitätskosten, die bewaffnete Auseinandersetzungen erzeugen. Nach dieser instrumentalistischen Sichtweise wägen Individuen und Gruppen ab, ob sie mit friedlichen Mitteln oder über die Androhung beziehungsweise den Gebrauch von Gewalt ein höheres Einkommen erzielen können. In den letzten Jahren stand dabei die Hypothese im Vordergrund, dass das Vorhandensein leicht ausbeutbarer Ressourcen wie Diamanten oder Öl das Bürgerkriegsrisiko erhöhe. Diese Gefahr droht nach Paul Collier und Kollegen deshalb, weil die aus den Rohstoffen generierten Renten es den Rebellen er-

laubten, den bewaffneten Kampf zu finanzieren und ein Einkommen zu sichern, das sie mit friedlichen Mitteln nicht erzielen könnten. Die meisten Studien bestätigen darüber hinaus einen negativen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand einer Gesellschaft und ihrem Bürgerkriegsrisiko. Zudem wird wirtschaftlicher Interdependenz langfristig eine befriedende Wirkung zugesprochen, wenn sich auch kurzfristig durch die Liberalisierung das Konfliktrisiko erhöhen kann.

Auf der Autorenkonferenz an der Universität Konstanz, die vom 22. bis zum 23. Februar 2008 stattfand, wurden die Stärken und Schwächen der unterschiedlichen Erklärungsansätze zu innerstaatlichen Gewaltkonflikten reflektiert und die Möglichkeit der fruchtbaren Kombination unterschiedlicher Kausalmechanismen erkundet. Der Konferenz war im Mai 2007 ein *Call for Papers* der DVPW vorausgegangen. Bei den Herausgebern gingen 42 Beitragsskizzen ein, von denen 23 ausgewählt worden sind. Die Autoren wurden eingeladen, ihre Papiere auf der Konferenz im Februar 2008 zu präsentieren. Konferenzsprache war Englisch. Auf dem Programm der Tagung standen schließlich 20 Beiträge zur Diskussion. Von ihnen sollen schließlich 17 im kommenden PVS-Sonderheft "Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt" publiziert werden.

Struktur der Tagung

In Einklang mit dem internationalen Forschungsstand wurden die Konferenzbeiträge thematisch vier Blöcken zugeordnet. Erstens hat sich in den letzten Jahren nach den publizistischen Ergüssen zu Huntingtons Kulturkampfhypothesen die Diskussion darüber versachlicht, ob ethnische, sprachliche oder religiöse Differenzen eine Ursache oder nicht viel eher ein Attribut der innenpolitischen Gewalt sind. Die Papiere, die sich mit identitätsbasierten Konfliktsachen beschäftigen, bezeugen diesen Trend hin zu überprüfbaren Fragestellungen. Zweitens gingen einige Autoren über den ursprünglichen Befund des „Demokratischen Innenpolitischen Friedens“ hinaus und erkundeten, wie spezifische politische Institutionen das Kriegsrisiko beeinflussen; auch die These von James Fearon und Daniel Laitin, wonach mit genügend Ressourcen ausgestattete Regierungen eher den Frieden bewahren können als geschwächte Exekutiven, fand auf der Konferenz eine kritische Würdigung. Innerhalb eines dritten Themenblockes evaluierten einige Autoren, welcher Stellenwert den ökonomischen Ursachen innenpolitischer Gewalt zukommt. Einige Aufsätze erprobten schließlich im vierten Teil der Konferenz, wie tragfähig Versuche sind, zwischen den unterschiedlichen Denkrichtungen Brücken zu schlagen. In diesem Zusammenhang kamen auch einige neuere Forschungsdesigns zum Einsatz, da der Blickwinkel in der empirischen Forschung weg vom Nationalstaat

als Untersuchungseinheit hin zu kleineren Aggregaten wie einzelnen Gruppen oder Gruppendyaden geht.

Eine Übersicht zu den Konferenzbeiträgen

In den letzten Jahren ist sowohl theoretisch wie auch empirisch in der einschlägigen Forschung eine gewisse Annäherung zwischen den verschiedenen Theorieschulen und den unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Positionen zu verzeichnen. Die Beiträge zur Konferenz zeigen, dass diese Konvergenz der Theorien und Methoden mittlerweile weiter voran geschritten ist und die Grundsatzdebatte, wie Forschung zu betreiben ist, der pragmatischen Haltung gewichen ist, dass avanciertes theoretisches Rasonnieren und systematisches empirisches Arbeiten auch in diesem politikwissenschaftlichen Feld zusammen gehören. Im Folgenden stellen wir die einzelnen Beiträge vor und betten sie gleichzeitig in die internationale Forschungsdiskussion ein.

Kulturelle Erklärungen

In jüngster Zeit erleben Ansätze eine Renaissance, die politische und ökonomische Diskriminierungen von Identitätsgruppen als wesentliche Bürgerkriegsursache identifizieren. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass Unterdrückung und Unzufriedenheit allein nur in den seltensten Fällen zur Eskalation von Konflikten führen. Neben die Wahrnehmung sozialer Missstände und politischer Ungerechtigkeiten muss auch die Gelegenheit treten, und diese Gelegenheit muss von handlungsfähigen Gruppen und ihrem Führungspersonal genutzt werden. Gleichwohl legen neue Untersuchungen nahe, dass die Diskriminierung von Ethnien oder Glaubensgemeinschaften das Bürgerkriegsrisiko von Gesellschaften erhöht und damit gleichberechtigt neben Variablen steht, die sich auf Opportunitätsstrukturen beziehen.

Eva Gottwald geht in ihrem Papier "*Horowitz ernst nehmen: Der Einfluss von Grievance auf den Ausbruch von Bürgerkriegen*" davon aus, dass politische Diskriminierung ethnischer Minderheiten dann die Bürgerkriegsanfälligkeit einer Gesellschaft erhöht, wenn sie von Gruppenmitgliedern als ungerecht empfunden wird und sie über die notwendigen Ressourcen zum bewaffneten Kampf verfügen. Auf der Grundlage des *Minority at Risk* Datensatzes entwickelt sie ein Set von Indikatoren, um diese drei Faktoren zu messen. In ihrer Replikation gängiger Modelle mit den neuen Variablen zeigt sich, dass politische Diskriminierung, Ungerechtigkeitsempfinden und Mobilisierungspotential tatsächlich einen signifikanten Einfluss auf das Bürgerkriegsrisiko ausüben. Demgegenüber verlieren etablierte Opportunitätsvariablen an Erklärungskraft. Deshalb hält es Gottwald für zwingend, in Zukunft stärker als bisher

die politische Situation ethnischer oder religiöser Minderheiten in die Analyse von Bürgerkriegen einzubeziehen.

Während Gottwalds Studie Belege für die Relevanz von Leidensfaktoren in der Bürgerkriegsanalyse findet, bleibt **Indra de Soysa** skeptisch. Er zeigt in seinem Papier "*Does Social Diversity = State Failure? Ethnic Fractionalization and Political and Economic Governance, 1980–2005*" zunächst, dass wachsende ethnische oder religiöse Fraktionalisierung nicht mit erhöhter politischer Repression einhergeht. Das spricht dafür, dass ethnische Vielfalt keine höhere Unzufriedenheit und Protestbereitschaft nach sich zieht. Denn dann müsste mehr und nicht weniger Unterdrückung zu beobachten sein. Ethnisch polarisierte Gesellschaften tragen demgegenüber zwar ein leicht erhöhtes Gewaltisiko. Dieser Effekt ist aber vor allem für Demokratien nachweisbar. Demokratien wiederum sind Staaten, die der politischen Opposition verhältnismäßig viele Freiräume bieten. Deshalb spricht der Befund von de Soysa dafür, dass es nicht primär Missstände sind, die eine Eskalation politischer Konflikte nach sich ziehen. Vielmehr nutzen unzufriedene Gruppen die Möglichkeiten, die Demokratien im Vergleich zu anderen Staaten bieten, für ihren gewaltsamen Protest.

Sarah Clasen und **Susanne Zwingel** machen in ihrem Beitrag "*Geschlechterarrangements und Gewalteskalation*" die Kategorie Geschlecht für die Bürgerkriegsforschung fruchtbar. Anders als Ethnie oder Religion polarisieren Geschlechterordnungen nicht zwischen, sondern innerhalb von Gruppen. Diese Hierarchien weisen ein hohes Gewaltpotenzial auf, von dem Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Auch wenn dieses Potenzial oft unter der Schwelle von Bürgerkriegsgewalt liegt, muss es dennoch als Faktor für weiterreichende Gewalteskalation ernst genommen werden. Sichtbar wird der Zusammenhang zwischen Geschlecht und anderen gewalteskalierenden Identitätsdimensionen in intersektionalen Analysen, die von der wechselseitigen Verstärkung einer externen Polarisierung zwischen Identitätsgruppen und einer internen Polarisierung zwischen den Geschlechtern ausgehen. Mit einer Fallstudie zum Bürgerkrieg in Guatemala unterstreichen die beiden Autorinnen einerseits ihr Plädoyer für die intersektionale Analyse politischer Gewaltkonflikte, andererseits verdeutlichen sie, wie Geschlechterordnungen und daraus resultierende Männlichkeits- und Weiblichkeitsformationen eine zentrale Rolle bei der Perpetuierung von Gewalt in verschiedenen Konfliktphasen spielen.

In seinem Beitrag "*Zur Ambivalenz von Religion in subsaharischen Bürgerkriegen*" untersucht **Matthias Basedau**, welchen Einfluss Religion im subsaharischen Afrika auf Konfliktverläufe nehmen kann. Hierzu unterscheidet er zunächst fünf Dimensionen von Religion –

religiöse Demographie, religiöse Identität, religiöse Ideen, religiöse Institutionen und religiöse Eliten –, um dann in einem Vergleich politischer Auseinandersetzungen an der Elfenbeinküste und in Benin die Konflikt- und Gewaltrelevanz dieser Dimensionen zu diskutieren. Im Ergebnis lassen beide Fälle nur einen schwachen Einfluss von Religion erkennen. Obwohl wir es sowohl an der Elfenbeinküste als auch in Benin mit religiös hoch polarisierten Gesellschaften zu tun haben, in denen sich religiöse Konfliktlinien mit anderen Konfliktlinien überlagerten, ist allenfalls für die Elfenbeinküste in der Anfangsphase der Auseinandersetzungen zwischen "Nord" und "Süd" eine eskalierende Wirkung von Religion nachweisbar.

Auch **Alexander De Juan** und **Andreas Hasenclever** argumentieren in ihrem Beitrag "*Religion und kriegerische Gewalt in innenpolitischen Konflikt?*", dass ein unmittelbarer Einfluss religiöser Überzeugungen auf den Verlauf politischer Konflikte unwahrscheinlich ist. Ausschlaggebend sind vielmehr erfolgreiche *Framing*-Prozesse durch gewaltbereite Eliten. Diese sind auf politische Unterstützung angewiesen, die sie am Anfang einer Auseinandersetzung kaum erzwingen können. Deshalb müssen sie ihre Gefolgschaft von der Notwendigkeit militärischer Mittel überzeugen. Hierzu können Eliten auf religiöse Legitimationsmuster zurückgreifen. Allerdings ist diese Mobilisierungsstrategie alles andere als selbstverständlich. Sie hängt unter anderem von der Glaubwürdigkeit der Eliten, von der inneren Stimmigkeit der Situationsdeutungen oder auch von der Präsenz überzeugender Gegenentwürfe ab. Der anschließende Vergleich bewaffneter Konflikte auf den Philippinen und in Thailand zeigt, dass religiöse Mobilisierungsstrategien scheitern können und es im Einzelfall durchaus Gegenmittel zur religiösen Aufladung von Konflikten gibt.

Institutionelle Erklärungen

Die kulturellen und ökonomischen Erklärungsansätze legen den Analysefokus eher auf die Rebellen, während die politischen Erklärungen die Rolle des Staates und seine Institutionen stärker ins Blickfeld nehmen. In Verbindung mit der Rolle demokratischer politischer Systeme werden institutionelle Faktoren bereits seit einiger Zeit in das Zentrum gerückt. Eine Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Regierungsformen, aber auch der Rebellenorganisationen, ist in diesem Rahmen unerlässlich. Die empirischen Ergebnisse zum demokratischen zivilen Frieden wie etwa der Befund stärkerer Konflikthanfälligkeit inkohärenter politischer Systeme, wurden zwischenzeitlich wieder in Frage gestellt. –Dies macht den Bedarf einer besseren theoretischen Untermauerung deutlich.

Die liberale Erklärung, dass Demokratien deshalb so stabil seien, weil sie eine breite gesellschaftliche Partizipation ("Imput-Dimension") ermöglichen und soziale Konflikte durch Leis-

tungen entschärfen ("Output-Dimension"), hält **Jonas Wolff** in seinem Beitrag "*Der innere Frieden der Demokratie diesseits ferner Ideale. Zum erstaunlichen Erfolg demokratischer Stabilisierung und Pazifizierung in Südamerika*" für idealistisch. Deshalb erweitert er die in der Literatur vorherrschenden institutionell-formellen Erklärungsansätze um politökonomische Hintergrunddynamiken und informelle Mechanismen der Konfliktregulation. Im ersten Fall geht es insbesondere um „gesellschaftlich-regulative“ Formen der Konfliktrepression, d.h. soziale Strukturen und Prozesse, die die Fähigkeiten und Anreize auf Seiten (potenziell) konfliktfähiger Gruppen zur Organisation und kollektiven Aktion begrenzen. Im zweiten Fall geht es um Kanäle der Artikulation sozialer Ansprüche jenseits etablierter demokratischer Verfahren. Durch sie lassen sich konfliktfähige und regierungskritische Gruppen gezielt in den politischen Prozess integrieren. An den Beispielen Argentiniens und Ecuadors plausibilisiert Jonas Wolff die empirische Bedeutung der verschiedenen Kausalmechanismen, die den inneren demokratischen Frieden in krisengeschüttelten Gesellschaften bewirken.

Neben der Art des politischen Systems setzt sich die Literatur zunehmend auch mit dessen Stärke auseinander. **Daniel Lambach** fragt in seinem Beitrag "*Staatlichkeit, Regimeform und Bürgerkrieg*" nach den Ursachen von Staatskollaps. Staatskollaps wird als die extremste Form des Staatszerfalls verstanden und geht oft mit Bürgerkrieg einher oder hat ihn zur Folge. In der Literatur wird Staatskollaps vor allem mit dem Versagen oder der Maßlosigkeit von Regierungen in Zusammenhang gebracht, die systematisch öffentliche Güter für private Zwecke missbrauchen. Als alternative Erklärung entwickelt Lambach ein Fragmentierungsmodell, das Staatskollaps auf die Eskalation von Machtkämpfen zwischen staatstragenden Gruppen zurückführt. Solche Machtkämpfe sind dann besonders gefährlich für die öffentliche Ordnung, wenn sich die politische Landschaft polarisiert, wenn eine Militarisierung der Akteure zu beobachten ist, wenn die Machtverhältnisse zwischen ihnen ausgeglichen sind und wenn sich jede Seite bei einem Waffengang klare Siegesschance ausrechnet. Mit drei Fallstudien zum Staatszerfall im Libanon, in Tadschikistan und in Somalia plausibilisiert er das von ihm entwickelte Fragmentierungsmodell.

Der Beitrag "*Staatskapazität und Bürgerkriege: Was macht einen Staat konfliktanfällig?*" von **Margit Bussmann** beschäftigt sich ebenfalls mit dem Konzept der Staatskapazität wobei die Autorin kritisiert, dass die Stärke eines Staates in der bisherigen Forschung mit dem sehr groben Indikator "Pro-Kopf-Einkommen" nicht angemessen erfasst wurde. Stattdessen unterscheidet sie eine militärische, eine redistributive, und eine extraktive Komponente von Staatskapazität. Damit geht sie der Frage nach, ob ein Staat durch militärische Stärke Aufstände abschrecken kann oder durch die Verteilung öffentlicher Güter Zufriedenheit in der Bevölke-

ung schafft und somit die Gefahr eines ausbrechenden Bürgerkrieges mindert. Die Ergebnisse der Regressionsanalysen zeigen, dass eine finanziell gut ausgestattete Regierungsarmee keineswegs Rebellen abschreckt. Wichtiger ist vielmehr ein personell zahlreiches Militär. Auch die staatlichen Ausgaben für Wohlfahrt haben keine direkte konfliktmindernde Wirkung. In Bezug auf die extraktive Kapazität eines Staates stehen besonders Steuereinnahmen in Zusammenhang mit einem geringeren Bürgerkriegsrisiko.

Klaus Schlichte untersucht in seinem Beitrag "*Mit dem Staat gegen den Staat?*" die Formierung bewaffneter Gruppen. Hierzu rekonstruiert er auf der Grundlage umfangreichen Feldstudienmaterials drei realtypische Situationen, in denen bewaffnete Gruppen entstehen und die für den weiteren Konfliktverlauf prägend sind. In der ersten Situation lösen Modernisierungsprozesse die Politisierung von Entwicklungsgesellschaften aus. Es entstehen Oppositionsgruppen, die später die notwendige Infrastruktur für bewaffnete Bewegungen bilden. In der zweiten Situation entstehen bewaffnete Bewegungen aus der Krise neopatrimonialer Staaten. Klientelistische Verteilungskonkurrenzen brechen auf und die Verlierer greifen zur Gewalt, um Macht und Wohlfahrt zurück zu gewinnen. Im dritten Fall bauen Regierungen paramilitärische Verbände auf. Sie erfüllen Aufgaben, die reguläre Streitkräfte nicht übernehmen können oder wollen. Während Gruppen des ersten Typs aufgrund ihrer Legitimität vergleichsweise gute Chance haben, Macht in Herrschaft zu verwandeln, müssen die beiden anderen Gruppen ihre Legitimitätsdefizite beispielsweise durch internationale Unterstützung kompensieren, um erfolgreich zu sein.

Mit internationalen Institutionen setzt sich der Beitrag "*Ride on the Peace Train. Friedensmissionen und der Wiederausbruch (nicht nur) ethnisch-religiöser Konflikte*" von **Tobias Hofmann** und **Lena Schaffer** auseinander. Sie untersuchen, unter Verwendung eines ausgefeilten statistischen Verfahrens, den Einfluss von Friedensmissionen auf die Dauer von Friedensperioden nach Bürgerkriegen. Sie greifen eine in der Literatur zu Friedenseinsätzen verbreitete Kritik auf, dass der Erfolg von verschiedenen Friedensmissionen nicht fair beurteilt werden kann, wenn nicht zugleich Faktoren berücksichtigt werden, die für die Entscheidung zur Entsendung von Friedensmissionen ausschlaggebend sind. Dieser Kritik schließen sie sich nicht nur an, sondern gehen sie methodisch durch die Schätzung eines Selektionsmodells an. Dabei zeigen sie, dass Missionen der Vereinten Nationen hauptsächlich in schwierige Fälle entsandt und humanitäre Aspekte bei der Entscheidung über die Entsendung von VN-Missionen berücksichtigt werden. Wird dieser Selektionsbias berücksichtigt, dann bestätigt sich eindeutig, dass insbesondere VN-Friedensmissionen zu einem längeren Frieden beitragen können.

Ökonomische Erklärungen

In der neueren deutschsprachigen Kriegsursachenforschung haben Erklärungen, die ökonomische Faktoren in den Vordergrund der Analyse rücken, spätestens seit der Einführung des Konzeptes der „Gewaltmärkte“ (George Elwert) Konjunktur. Solche Märkte bestehen nach Elwert in Ländern, in denen der Staat sein Gewaltmonopol verloren hat und in denen Gruppen auf Gewaltstrategien setzen, um ihr Einkommen zu sichern. Eng verwandt mit diesem Gewaltbegriff ist die These Mary Kaldors, dass das Ende des Kalten Krieges mit dem Aufkommen von „Neuen Kriegen“ einherging. Diese bewaffneten Auseinandersetzungen seien nicht zuletzt auf die Gier nach Bereicherung von bestimmten Gruppen zurückzuführen und gerade deshalb mit einem besonders hohen Blutzoll versehen. Im deutschsprachigen Raum hat Herfried Münkler diese Perspektive popularisiert, ohne aber den Begriff genau einzugrenzen und besonders die notwendige Kategorisierung zu bieten, welche der Konflikte der letzten Jahrzehnte „neu“ sind und welche nicht.

Die notwendige empirische Grundlagenforschung zu diesen eingängigen Thesen bietet **Sophia Benz** in ihrem Beitrag "*Neue Kriege? Motive, Strategien und Dauer privater Kampfhandlungen*". Sie leitet aus Kaldors pionierhafter Arbeit und den Nachfolgeschriften Münklers klare operationale Kriterien ab und trägt ein vielfältiges, teilweise neues Datenmaterial zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die Frage, inwiefern sich „neue Kriege“ zwischen rein privaten Akteuren auch hinsichtlich der Motive, Strategien und Dauer von klassischen internen Kriegen unterscheiden. Ergebnisse zeigen, dass einige Thesen, welche sich aus dem Konzept der „Neuen Kriege“ ableiten lassen, empirisch nicht so substanzlos sind, wie frühe Kritiken vermuten ließen. Allerdings sind die Zeitreihen zum Teil kurz, so dass unklar bleiben muss, ob in Bezug auf sämtliche Dimensionen „neuer Kriege“ von längerfristigen Trends die Rede sein kann. Dennoch ist diese umfassende und systematische Evaluation ein immenser Fortschritt gegenüber einer Literatur, deren empirische Belege sich in relativ beliebigen Illustrationen erschöpfen.

Wann es in Bürgerkriegen zu Plünderungen kommt, ist das Thema von **Jutta Bakonyi** in ihrem Beitrag "*Grenzen ökonomischer Kriegstheorien. Raub und Plünderungen als Beispiele für eine moralische Ökonomie der Gewalt*". Sie zeigt durch eine eingehende Beschreibung der verschiedenen Plünderungswellen im Laufe des somalischen Konfliktes und zum Teil aufgrund eigener Interviews in Somalia, dass Plünderungen nicht alleine ökonomisch motiviert sind. Sie versteht diese Gewalterscheinung als politisches Instrument und führt fünf idealtypische Erscheinungsformen von Plünderungen in die Literatur ein. Die verschiedenen Plünde-

rungsformen unterscheidet sie anhand der Form und dem Grad der Organisation, der Zielgruppen und –objekte und der beteiligten Akteure. Wie diese Kategorien verdeutlichen und wie die empirischen Belege plausibilisieren, ist nur bei zwei Plünderungsformen das Bereicherungsmotiv als Ziel identifizierbar. Neben ökonomischen Interessen können auch z.B. Protestverhalten und strategische Erwägungen als Motivationsgrundlage von Bedeutung sein.

Teil vieler Bürgerkriege – dies gilt besonders in Entwicklungsländern - ist die erzwungene oder freiwillige Rekrutierung von Kindersoldaten. Das norwegisch-russische Autorenquartett **Vera Achvarina, Ragnhild Nordås, Gudrun Østby und Siri Aas Rustad** untersucht in seinem Beitrag zu "*A Sub-National Study of Child Soldier Recruitment in African Regions*" mit Hilfe eines originellen Forschungsdesign, ob der offensichtliche Zusammenhang tatsächlich besteht – nämlich die Vermutung, dass Armut eine Kernursache zur Verpflichtung der gesellschaftlich Schwächsten in Regierungs- und Rebellenverbände ist. Die Analyse von afrikanischen Regionen bietet einige Evidenz dafür, dass in armen Regionen mit höherer Säuglingssterblichkeit eine stärkere Rekrutierung von Kindersoldaten zu beobachten ist. Andere Aspekte von absoluter Armut, wie z.B. das Bildungsniveau oder die Vermögenswerte von Haushalten, oder Indikatoren zu relativer Armut erwiesen sich als nicht signifikant. Die Autorinnen disaggregieren die Daten so weit es derzeit möglich ist. Dennoch muss der nächste Schritt in diesem Forschungsfeld darin bestehen, mit noch feineren Messinstrumenten und unter Umständen sogar Individualdaten diesen Zusammenhang zu überprüfen, so dass das Problem eines ökologischen Fehlschlusses wirklich zweifelsfrei verworfen werden kann.

Uwe Wagschal und **Thomas Schwank** arbeiten in ihrem Beitrag "*Was macht Staaten anfällig für Konflikte*" den Einfluss demographischer Faktoren auf das Bürgerkriegsrisiko von Gesellschaften heraus. Dabei setzen sie sich auch intensiv mit der so genannten *Youth Bulge* These auseinander, die in jüngster Zeit in Deutschland vor allem von Gunnar Heinsohn vertreten wurde und wonach ein großer Bevölkerungsanteil arbeitsloser junge Männer die Wahrscheinlichkeit zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Konflikten signifikant erhöht. Auf der Grundlage ihrer statistischen Befunde plädieren die Autoren dafür, dass demographische Faktoren in der Analyse politischer Gewalt-Forschung stärker als bisher berücksichtigt werden müssen. Demnach erhöhen der Anteil junger Männer, die Bevölkerungsgröße und -dichte die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte. Allerdings zeigt das Papier auch, dass *Youth Bulges* und andere demographische Größen keine Mastervariable sind, die im Alleingang die Konflikte in der Welt erklären könnten.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die These vom "Ressourcenfluch", der zufolge Rohstoffreichtum ein erhöhtes Risiko gewaltsamer Auseinandersetzungen konstituiert, große Prominenz in der sozialwissenschaftlichen Diskussion erlangt. Der Beitrag "*Rohstoffe und Gewalt – Lessons from the Middle East*" von **Martin Beck** setzt sich mit diesem Ansatz, der aus der quantitativen Forschung hervorgegangen und bisher auch primär innerhalb dieser debattiert worden ist, in qualitativer Form kritisch auseinander. Dies geschieht anhand der bisher weitgehend vernachlässigten Rolle des Erdöls für die politische Stabilität und Gewalt im Vorderen Orient. In einem theoretischen Teil wird insbesondere gezeigt, dass der Begriff der Rente für das Verständnis von Rohstoff und Gewalt im Vorderen Orient zentral ist. Der empirische Teil basiert auf der Generalthese, dass sich im Vorderen Orient stabile politische Systeme mit starken Staaten herausgebildet haben.

Der Beitrag "*Ölfund in Kambodscha – Neuauflage des Ressourcenfluchs? Eine Synthese ökonomischer und institutionenorientierter Erklärungsansätze innenpolitischer Gewalt*" von **Oliver Hensengerth** und **Timo Menniken** setzt sich ebenfalls kritisch mit der These vom "Ressourcenfluch" auseinander, ohne sie allerdings vollkommen zu verwerfen. Am Beispiel Kambodschas arbeiten die beiden Autoren heraus, dass die spezifische Verknüpfung von Ressourcenreichtum mit weiteren Faktoren hochvirulent ist. Demnach werden Ressourcen vor allem dort, wo sie auf verbreitete Armut, stark polarisierte innenpolitische Konfliktlinien und fragile Institutionen treffen, zum Fluch.

Synthesen

Die Erforschung der Ursachen von innerstaatlicher Gewalt ist zunächst sehr stark von einzelnen empirischen Beiträgen dominiert worden, die jeweils ein Modell als Gesamterklärung zu privilegieren suchten. Dies ist besonders in Arbeiten der Weltbankforschungsgruppe um Paul Collier offensichtlich, welche die Leidensdruckhypothesen zugunsten von ökonomischen Erklärungen zurückweisen. Eine solche Entweder-Oder-Rhetorik erscheint aber wenig ertragreich, besonders auch weil sie in Widerspruch zu avancierten theoretischen Erklärungen steht, die gerade das Zusammenwirken von Identität und ökonomischen Anreizen als Ursache von Bürgerkriegen begreifen. Hier sind die Arbeiten von Joan Esteban und Debraj Ray einschlägig.

Han Dorussen zeigt in seinem Beitrag "*Economic Coercion in Civil Conflict*" mit einem Modell auf, dass es Sinn macht, zwischen der ökonomischen und der politischen Diskriminierung von Minderheiten zu unterscheiden. Die unterschiedliche Logik dieser politischen Instrumente arbeitet der Verfasser mit Hilfe einer spieltheoretischen Analyse heraus. Eines der Haupter-

gebnisse ist dabei, dass ökonomische Benachteiligung unwahrscheinlicher wird, je größer die aufständische Bevölkerung im Vergleich zu jenen Gruppen ist, welche die Regierung stützen. Die aggregierten Querschnittsdaten bestätigen die Vermutung weitgehend, dass Diskriminierung strategische Wurzeln besitzt. So nimmt die Gefahr ökonomischer Diskriminierung zu, wenn die Minderheit über keine attraktive wirtschaftliche Perspektive verfügt. Eine mögliche Internationalisierung des Konfliktes verändert überdies das strategische Kalkül der Akteure. Ganz im Sinne der Abschreckungstheorie wird die Diskriminierung unwahrscheinlicher, wenn eine äußere Intervention an Glaubwürdigkeit gewinnt.

Eine inhaltliche Synthese unternehmen **Nina Wiesehomeier, Gerald Schneider und Constanze-Sophie Braun** in ihrem Beitrag "*Die Vereinbarkeit des Unvereinbaren? Wirtschaft und Identität als gemeinsame Bürgerkriegsursachen*". Sie wenden sich gegen die Perspektive, dass Identität ungeachtet soziökonomischer Anreize eine eigenständige Erklärungskraft entfalten kann. In diesem Sinne untersuchen sie, wie ökonomische Anreize das Risiko von militärischer Gewalt vermitteln, das von ethnischer Diversität ausgeht. In technischer Perspektive läuft ihre makroquantitative Analyse darauf hinaus, dass sie zwischen verschiedenen Formen der Diversität und ökonomischen Faktoren Interaktionsvariablen bilden und sog. Survivalmodelle zu diesen kombinierten Einflüssen berechnen. Diese empirischen Analysen zeigen, dass sich etwa in fraktionalisierten Ländern bei zunehmendem Protektionismus das Konfliktrisiko erhöht. Die Studie qualifiziert in der Summe Untersuchungen, die von einem gleichmäßigen Einfluss von ökonomischen Variablen auf die innere Stabilität von Staaten ausgehen, und korrigiert gleichzeitig so die Erwartung, dass Diversität unabhängig vom sozialen Kontext die innere Stabilität eines Landes bestimmt.

Die Autoren sind allerdings wie die meisten quantitativen Studien dem Staatenjahr als Untersuchungseinheit verpflichtet. Ein solches Aggregationsniveau ist, wie **Nils Weidmann** in seinem Beitrag "*Disaggregierte Analysen intrastaatlicher Konflikte: Ansätze, Ergebnisse und Perspektiven*" nachdrücklich zeigt, nicht unproblematisch, da es starke Homogenitätsannahmen voraussetzt. Untersuchungen, die auf tieferem Aggregationsniveau ansetzen, bieten hier für viele Forschungsfragen einen Ausweg, auch wenn für viele Länder keine guten Daten auf regionaler oder kommunaler Ebene zu gewaltsamen Konflikten und ihren Kovariaten vorliegen. Wie eine solche disaggregierte Studie aussehen kann, demonstriert Weidmanns innovatives Forschungsdesign. Er zeigt für afrikanische Staaten, dass das Zusammenlegen von Erklärungen, die von verschiedenen Aggregationsniveaus wie dem Staat oder einer Provinz stammen, im Sinne einer Mehrebenenanalyse auch für die Bürgerkriegsforschung von Interesse ist. Eine weitere Innovation seines Aufsatzes für die deutschsprachige Forschung besteht im Ein-

bezug von räumlichen Daten, wie sie mit Geographischen Informationssystemen (GIS) verarbeitet werden, ein Vorgehen, das auch im Aufsatz von Achvarina et al. (in diesem Band) zum Einsatz kommt. Substantiell kann der Autor zeigen, dass das Aggregationsniveau von großer Bedeutung ist: Beispielsweise hat ethnische Fragmentierung einen unterschiedlichen Effekt auf das Konfliktrisiko, je nachdem, ob man auf der Staatsebene oder der Provinzebene misst. Weiterhin zeigt der Autor, dass Diamantenvorkommen in einer Region wirklich ein Fluch sind und das Konfliktrisiko erhöhen.

Julian Wucherpfennings Beitrag "*Dynamik von Bürgerkriegen*" ist als Plädoyer dafür zu sehen, dass die Bürgerkriegsforschung die zeitliche Dynamik nicht einfach als störenden Faktor begreifen soll, den man durch die Berücksichtigung von geeigneten ökonometrischen Verfahren kontrolliert. Der Aufsatz zeigt, wie man die Präsenz unterschiedlicher dynamischer Kausalitäten testen kann. Er überprüft empirisch, ob der Wiederausbruch eines Bürgerkriegs auf ähnliche Rahmenbedingungen in der Gegenwart (z.B. Armut) zurückzuführen ist, oder ob der vorhergehende Konflikt der Auslöser ist, der Konflikt also direkt von der Vorgeschichte geprägt wird. Die Analyse erbringt, dass ein Konflikt die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Konfliktausbruchs erhöht. Gängige ökonomische, kulturelle und institutionelle Faktoren allein sind nicht ausreichend, um ein Bürgerkriegsrisiko einzuschätzen. Einen Hoffnungsschimmer bietet der Befund, dass sich das Konfliktrisiko verringert je länger die Friedensperiode andauert.

Schlussbemerkung

Die Beiträge zur Autorenkonferenz entwickeln die theoretischen und empirischen Erkenntnisse zu Bürgerkriegen auf vielfältige Weise weiter und zeigen auf, dass Identitäten, Institutionen, und Ökonomie keine klar voneinander abgetrennten Erklärungsansätze sein können, sondern dass nur ihre Integration unser Wissen zu innerstaatlichen Gewaltkonflikten weiterbringen kann. Wie wenig wir bisher über den Ausbruch, die Dauer und die Beendigung solcher Konflikte wissen steht im Widerspruch zu der aktiven Forschung, die in diesem Bereich betrieben wird. Zwar gibt es inzwischen in Bezug auf einzelne Einflussfaktoren zumindest einen weitgehenden Konsens, enttäuschend ist jedoch wie gering die gesamte Erklärungskraft gängiger Modelle ist. Dies bedeutet, dass noch viel Arbeit vor uns liegt, um das komplexe Phänomen innerstaatlicher Konflikte ausreichend zu verstehen. Ein erster Schritt in Richtung eines verbesserten Verständnisses von innerstaatlichen Konflikten muss von der Theorie ausgehen. Wir werten es bereits als Erfolg, dass in den letzten Jahren allzu grob gestrickte theoretische Konzepte vielfältige Rückweisungen und, im besseren Fall, Qualifizierungen erfahren

haben. Dieses Sonderheft zeigt in verschiedenen Beiträgen, dass die alte Entweder-Oder-Rhetorik, die die akademischen Diskurse in der ersten Hälfte des Jahrzehntes geprägt hat, sich mittlerweile deutlich überlebt hat. Dennoch fehlt es, trotz einiger Vorarbeiten, an Modellen, welche etwa ökonomische Anreize mit Gruppenidentität zusammen bringen. In empirischer Hinsicht ist das Hauptproblem zum Teil gelöst, ist doch eine deutliche Abwendung weg von hochaggregierten Länderanalysen hin zu Regional- und Ereignisstudien beobachtbar. Dieser Trend ist natürlich nicht ohne seine eigenen Probleme. So ist es bei gewalttätigen Revolten, die etwa ein Teil der Streitkräfte gegenüber der eigenen Regierung inszeniert, müßig, den Konflikt auf einzelne Dyaden herunter zu brechen. Eine solche Analyse drängt sich hingegen für jene Konflikte auf, in denen sich wiederholt und über längere Zeit hinweg die gleichen Gruppen gegenüberstehen. Ein empirisches Problem bei Untersuchungen, welche die Gruppendifferenz zur Untersuchungseinheit erheben, besteht allerdings in der beschränkten Verfügbarkeit von Längsschnittdaten zu einzelnen Gruppen. Gruppenmerkmale sind ohnehin oft zeitlich recht invariant. Sie können deshalb letztlich nicht erklären, weshalb innerhalb einer Gruppe bestimmte Konstellationen mit einem hohen Gewaltzoll verknüpft sind, andere hingegen nicht. Um die Eskalation von Gruppenkonflikten zu verstehen, braucht die Konfliktforschung bessere gruppenbezogene Erklärungen und Daten, die sich über die Zeit hinweg verändern. Wir sind sicher, dass sich eine nächste Generation der Konfliktforschung aktiv dieser doppelten Herausforderung annehmen wird und dass einige der Autoren dieses Sonderheftes wichtige Beiträge leisten werden. Welches Potenzial die deutschsprachige und europäische Forschung zur innerstaatlichen Gewalt bereits jetzt aufweist, zeigt dieses Sonderheft auf mannigfaltige Weise.